



GEMEINSCHAFTS-DIAGNOSE

Stellungnahme der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose zur Jahresprojektion 2019 der Bundesregierung

Gemäß § 2(2) Vorausschätzungsverordnung (EgVV) legt die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hiermit als unabhängige Einrichtung ihre Einschätzung der Jahresprojektion 2019 der Bundesregierung vor.

Ergebnis der Prüfung

Die Projektion der Bundesregierung erscheint vor dem Hintergrund der derzeitigen Informationslage plausibel. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose befürwortet diese Projektion.

Begründung des Ergebnisses

Die Jahresprojektion der Bundesregierung

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2019 um 1,0% und für das Jahr 2020 um 1,6% (vgl. Tabelle 1). Damit geht sie davon aus, dass die Wirtschaftsleistung im Jahr 2019 deutlich schwächer expandiert als im Vorjahr 2018 (1,5%) und als das Produktionspotenzial. Dessen Wachstum setzt die Bundesregierung für die Jahre 2019 und 2020 mit jeweils 1,5% an. Für die drei darauffolgenden Jahre erwartet die Bundesregierung demographiebedingt einen Rückgang des jährlichen Anstiegs des Produktionspotenzials auf 1,2% im Jahr 2023.

Getragen wird die gesamtwirtschaftliche Expansion im Jahr 2019 gemäß Jahresprojektion von wieder etwas stärker zunehmenden Exporten und – trotz insgesamt rückläufiger Zuwachsrate – von der heimischen Absorption. Dabei legt das Expansionstempo der öffentlichen und privaten Konsumausgaben zu, während sich die Dynamik bei den Anlageninvestitionen etwas abkühlt. Dies geht mit einem beschleunigten Importzuwachs einher. Für das Jahr 2020 werden wieder stärkere Zuwachsraten von privatem Konsum und Exporten erwartet.

Für die Verbraucherpreise erwartet die Bundesregierung nach einer Inflationsrate von 1,9% im Jahr 2018 Raten von 1,5% bzw. 1,8% für die Jahre 2019 und 2020. Der BIP-Deflator steigt etwas stärker. Er wird in der Mittelfristprojektion für die Jahre 2021 bis 2023 mit einer Jahresrate von 1,8% fortgeschrieben, womit unterstellt wird, dass er auch auf mittlere Sicht rascher zunehmen wird als im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2018 (1,2% p.a.). Die Projektion von preisbereinigtem BIP und BIP-Deflator führen zusammen-

ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Oliver Holtemöller

IWH, Halle

Tel +49 345 7753 800

Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

genommen zu einer Zunahme des nominalen BIP um 3,1% im Jahr 2019 und 3,6% im Jahr 2020. Auch dies liegt über dem langfristigen Durchschnitt, schließt aber an die in den Jahren ab 2014 beobachteten Raten an.

Der Beschäftigungsanstieg schwächt sich nach der Einschätzung der Bundesregierung im Projektionszeitraum ab, wobei die Arbeitslosenquote gleichwohl weiter sinkt. Die Arbeitsproduktivität nimmt somit nach dem nur schwachen Anstieg im Jahr 2018 auch im Jahr 2019 nur wenig zu. Für die Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten) werden – im Einklang mit der Inflationserwartung – im historischen Vergleich recht kräftige Raten von 3,1% in den Jahren 2019 und 2020 erwartet. Die Bruttolöhne und -gehälter nehmen insgesamt im Verlauf des Projektionszeitraums mit sich etwas abschwächenden Raten zu, die gleichwohl immer noch über 4% liegen; im Durchschnitt des Zeitraums 2000 bis 2018 hatte das jährliche Plus nur 2,7% betragen.

Veränderungen gegenüber der Herbstprojektion 2018

Gegenüber der im Oktober 2018 veröffentlichten Herbstprojektion hat die Bundesregierung ihre Prognose für die Zunahme des BIP in den Jahren 2019 und 2020 deutlich zurückgenommen, für 2019 um 0,8 Prozentpunkte und für 2020 um 0,2 Prozentpunkte. Insbesondere die privaten Konsumausgaben und die Exporte werden nunmehr schwächer eingeschätzt. Auch war man in der Herbstprojektion von einem günstigeren weltwirtschaftlichen Umfeld ausgegangen. Die Einschätzung der Beschäftigung hat sich dabei wenig verändert. Die für das Jahr 2019 prognostizierte Inflationsrate fällt aufgrund der gesunkenen Rohölpreise niedriger aus als im Herbst. Die Produktivitätsentwicklung wird nunmehr deutlich schwächer gesehen.

Einordnung der Jahresprojektion der Bundesregierung in das Spektrum vorliegender Prognosen und Bewertung

Die Treffsicherheit von Prognosen hängt naturgemäß stark von den zum Veröffentlichungszeitpunkt vorliegenden Daten ab. Die hier beurteilte Projektion der Bundesregierung entstand in der ersten Januarhälfte, während die meisten als Vergleichsmaßstab herangezogenen Institutsprognosen bereits Mitte Dezember erstellt wurden. Seitdem sind u. a. die Daten zur Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im November 2018 veröffentlicht worden, die schwächer als erwartet ausgefallen sind, und die Pkw-Produktion im Dezember, die erneut gering ausfiel. Somit dürfte auch die Expansion des BIP im vierten Quartal 2018 etwas schwächer ausgefallen sein als zuvor erwartet. Aufgrund des statistischen Überhangs wirkt sich dies auch auf die Zuwachsraten für das Jahr 2019 aus, sofern die Produktionseinbußen nicht nachholend ausgeglichen werden. Zudem deutet die Indikatorenlage darauf hin, dass die wirtschaftliche Expansion im Jahr 2019 schwächer ausfallen könnte als noch vor kurzem erwartet. Es ist daher plausibel, dass die Bundesregierung ihre Prognose nach unten revidiert. Die Prognose der Bundesregierung liegt jetzt im unteren Bereich des Prognosepektrums. Auf der Verwendungsseite schätzt die Bundesregierung vor allem die Investitionen und die Exporte relativ schwach ein.

Bemerkenswert ist, dass die Bundesregierung die Beschäftigungsprognose für das Jahr 2019 im Vergleich zum Herbst nicht nach unten korrigiert hat, obwohl die Zunahme des BIP nun deutlich niedriger angesetzt wird. Dies wirkt sich u. a. über die Bruttolöhne und -gehälter und über die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung auch auf die erwarteten Ein- und Ausgaben des Staates aus. Im Gegenzug dürften sich die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern ungünstiger entwickeln. Entsprechende Schätzungen werden allerdings von der Bundesregierung in der Jahresprojektion nicht ausgewiesen. Vor dem Hintergrund der bis zuletzt guten Beschäftigungsentwicklung und dem beobachteten Aufbau der Beschäftigung in wenig konjunktursensitiven Bereichen, wie z. B. bei den Gesundheitsdienstleistern, ist die Projektion der Erwerbstätigen durchaus vertretbar.

Hintergrund

Die Europäische Union hat in der Verordnung (EU) Br. 473/2013 unter anderem festgelegt, dass die der EU vorzulegenden mittelfristigen nationalen Finanzplanungen und staatlichen Haushaltsplanungen auf makroökonomischen Prognosen basieren sollen, die von einer unabhängigen Einrichtung entweder erstellt oder befürwortet wurden. In Umsetzung dieser Verordnung hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Erstellung gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsgesetz – EgVG) (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2017 Teil I Nr. 43, herausgegeben am 4. Juli 2017, S. 2080-2081) erlassen. In dessen § 3 wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen eine unabhängige Einrichtung zu bestimmen, die „über die für die Überprüfung der Vorausschätzungen erforderlichen Sachkenntnisse, Erfahrungen und Mittel verfügt“, um die Vorausschätzung der Bundesregierung zu überprüfen. In der „Verordnung über die Erstellung der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsverordnung – EgVV) wird die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose als unabhängige Einrichtung im Sinne von § 3 Satz 1 des EgVG bestimmt.

Nach § 2(2) der EgVV sollen die Institute der Gemeinschaftsdiagnose überprüfen, ob die Projektion der Bundesregierung „[...] unter Berücksichtigung der Informationen, die in die Vorausschätzung einfließen konnten, plausibel ist. Der Unsicherheit bei der Erstellung von Vorausschätzungen ist dabei Rechnung zu tragen. Zeitnah vorliegende gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen können bei der Beurteilung der Vorausschätzungen der Bundesregierung als Orientierung dienen.“

Tabelle 1**Jahresprojektion 2019 der Bundesregierung**

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Annahmen						
BIP-Wachstum Welt	3,7	3,5	3,4			
Ölpreis (Brent, USD/Barrel)	71,0	57,5	58,4			
Wechselkurs USD/Euro	1,2	1,14	1,14			
Makroökonomische Projektion						
BIP (nominal)	3,4	3,1	3,6			
BIP (preisbereinigt)	1,5	1,0	1,6			
Private Konsumausgaben	1,0	1,3	1,6			
Konsumausgaben des Staates	1,1	2,1	1,8			
Bruttoanlageinvestitionen	3,0	2,4	2,7			
Ausrüstungsinvestitionen	4,5	2,3	3,0			
Bauinvestitionen	3,0	2,9	2,9			
Investitionen in sonstige Anlagen	0,4	1,4	1,6			
Exporte von Waren und Dienstleistungen	2,4	2,7	3,1			
Importe von Waren und Dienstleistungen	3,4	4,0	4,0			
Inländische Verwendung ¹	1,7	1,3	1,8			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ¹	0,4	-0,2	0,0			
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag) ¹	-0,2	-0,3	-0,2			
BIP-Produktionspotenzial	1,6	1,5	1,5	1,4	1,3	1,2
Wachstumsbeitrag: Faktor Arbeit ¹	0,5	0,4	0,3			
Wachstumsbeitrag: Faktor Kapital ¹	0,4	0,4	0,5			
Wachstumsbeitrag: Totale Faktor Produktivität ¹	0,6	0,6	0,7			
Preise						
BIP-Deflator	1,9	2,1	2,0	1,8	1,8	1,8
Deflator des privaten Konsums	1,6	1,4	1,6			
Verbraucherpreisindex	1,9	1,5	1,8			
Deflator des Staatskonsums	2,7	2,3	2,2			
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	2,9	2,8	2,9			
Deflator der Exporte	1,1	0,9	0,7			
Deflator der Importe	1,8	0,4	0,7			
Arbeitsmarkt						
Erwerbstätigkeit (Inland)	1,3	0,9	0,7			
Arbeitslosenquote (BA)	5,2	4,9	4,7			
Bruttolöhne und Gehälter	4,9	4,2	4,0			
Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer	3,2	3,1	3,1			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen	0,2	0,2	0,9			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde	0,1	0,5	0,8			

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Anlage**Zur Anhangstabelle der Jahresprojektion 2019 der Bundesregierung im Kontext aktueller Prognosen vgl. [hier](#).****Wissenschaftlicher Ansprechpartner**

Professor Dr. Oliver Holtemöller
 Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
 Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de